



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Staatsminister besucht auf US-Delegationsreise das größte BMW-Werk der Welt in Spartanburg (South Carolina)

2. Juli 2025

SPARTANBURG. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat nach einem Besuch des größten BMW-Werks der Welt in Spartanburg (US-Bundesstaat South Carolina) an die EU-Kommission in Brüssel appelliert, zeitnah eine Lösung im Zollstreit mit den USA zu finden.

Aiwanger: „Die großen bayerischen Automobilhersteller sowie hunderte mittelständische Zulieferbetriebe stehen angesichts der wachsenden Zölle und Drohungen auf beiden Seiten zunehmend unter massivem Druck. Wir brauchen rasche Lösungen, um die große Last von den Schultern der Betriebe zu nehmen. Die schlimmste Gefahr für unsere Firmen sind dieses dauerhafte laute Säbelrasseln und die Unsicherheit für die Geschäftsaussichten, die die Investitionsbereitschaft hemmen“

In dem BMW-Werk Spartanburg, in das der bayerische Hersteller seit 1992 knapp 15 Milliarden Dollar investiert hat, werden täglich 1500 BMW-Modelle der X-Klasse produziert (jährlich etwa 400.000 Fahrzeuge). 63 Prozent der Produktion wird aus den USA ausgeführt. Als größter Auto-Exporteur innerhalb der USA ist BMW von dem Zollstreit auf beiden Seiten des Atlantiks betroffen – und mit dem Hersteller die Zulieferer. Aiwanger: „BMW steht für Freihandel und globale Geschäftsmodelle. Deshalb ist eine Einigung im Zollstreit für dieses bedeutende bayerische Unternehmen und seine vielen Zulieferer von großer Bedeutung.“

Bayerns Wirtschaftsminister engagiert sich seit Monaten gegen die Eskalation des Zollstreits. Vergangene Woche hatte er sich mit einem Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und an den EVP-Vorsitzenden Manfred Weber gewandt. Darin heißt es: „Unsere Schlüsselindustrie steht aufgrund der US-Zölle massiv unter Druck. Laut dem Verband der Automobilindustrie (VDA) lag der Schaden für die Automobilhersteller allein im April bei etwa einer halben Milliarde Euro. Diesen Preis zahlen nicht nur die großen Hersteller, sondern auch die vielen, oftmals mittelständigen, Zulieferbetriebe. Insgesamt stehen hier hunderttausende Arbeitsplätze im ganzen Land auf dem Spiel. Die Zeit drängt. Brüssel muss rasch eine Lösung mit unseren US-Partnern finden.“

Im besten Fall würden laut Aiwanger die Zölle auf beiden Seiten des Atlantiks gesenkt. Sollte dies in absehbarer Zeit nicht möglich sein, macht sich der Staatsminister auch für Alternativen stark. „Die Vereinbarung von zollreduzierten Einfuhrquoten zusammen mit der Verrechnung von US-Exporten in die EU oder von Investitionen in den USA könnte schnelle Erleichterung schaffen. Gleichzeitig sollte die EU kurzfristig die eigenen Zölle auf US-Fahrzeugimporte verringern. Denn der Großteil aller nach Europa importierten Autos stammen von deutschen Herstellern, die in den USA produzieren. Mit diesen EU-Zöllen schneiden wir uns also ins eigene Fleisch“, ist Aiwanger überzeugt.

Ansprechpartner:

Jürgen Marks

Leiter Pressereferat

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

